

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen
Christlich-nationale Gewerkschaft für die



Zentralverbandes * Köln
graphische und papierverarbeitende Industrie

Jahrgang 10 Bezugspreis vierteljährlich 80 Pf. monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren Berlin, den 3. September 1910 Erscheint vierteljährlich Samstags Nummer 18

Die falsche Lehre vom starren Rechte des Eigentums ist eine fortgesetzte Sünde wider die Natur, indem sie dem Menschen das Recht darlehnt, das zur Befriedigung der ungeliebtesten Habgucht, der ausschweifendsten Sinnelust zu verwenden, was Gott zur Nahrung und Verkleidung aller Menschen bestimmt hat; indem sie die edelsten Gefühle im Menschenbrust unterdrückt und eine Härte, eine Geisteslosigkeit gegen das Elend der Menschen erzeugt, wie wenn unter den Tieren sich vorfindet; indem sie einen Menschen zum Diebstahl für Recht erklärt: denn, wie ein Kirchenvater sagt: nicht bloß der ist ein Dieb, der fremde Güter stiehlt, sondern auch der, der fremde Güter sich zurückbehält. Der verächtliche Ausspruch: Das Eigentum ist Diebstahl, ist nicht bloß eine Lüge, er enthält eine große Wahrheit: die Wahrheit ist, dass die Wahrheit mit Spott und Hohn wird er nicht mehr beseitigt. Wir müssen die Wahrheit an ihm vernichten, damit er ganz zur Lüge werde. Solange er noch ein Teil der Wahrheit an sich hat, vermag er die Ordnung der Welt über den Haufen zu stürzen.

Wilhelm Emanuel v. Ketteler.

Der Staat und die Wirtschaft

Immer noch gibt es Kreise, die vom Staat verlangen, daß er von der Wirtschaft möglichst seine Hände lasse. Man solle die Wirtschaft nur ruhig sich ihren eigenen Gesetzen entwickeln lassen, dann wird alles schon seinen besten harmonischen Ausgang finden.

Daran ist richtig, daß das wirtschaftliche Leben seine Eigenart und seine Gesetzmäßigkeiten hat oder vielmehr Tendenzen und einen gewissen Eigenwert besitzt. Nicht ist dagegen das wirtschaftliche Leben ein bloßes Gegebenes unterstellt, wie sie in der Natur vorfindet, sondern es muß weithin vom gestaltenden Willen und von sittlichen Grundgesetzen beherrscht werden. Deshalb darf der Staat, der nicht nur die Aufgabe des Rechtschutzes, sondern auch die Aufgabe der Kultur- und Wohlfahrtsförderung hat, das wirtschaftliche Leben keineswegs sich selbst überlassen. Die Erfahrung hat bewiesen, daß es nicht möglich ist, die wirtschaftliche Entwicklung sich selbst zu überlassen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist eine ununterbrochene Bedrückung der Massen durch wenige, die wirtschaftlichen Liberalismus ist aber auch kein Mittel, der Sozialismus, zu verwerfen, der sich auf den Plan gerufen wurde, aber trotzdem derselben Weltanschauung zäh festhält, wie sein Vorgänger, der Liberalismus.

Aus dieser Situation ergeben sich gewisse Richtlinien für den Staat im Sinne einer richtigen Wirtschaftspolitik. Den beiden verfehlten Richtungen, dem wirtschaftlichen Liberalismus und dem Sozialismus gegenüber hat der Staat seine Aufgabe in einer vernünftigen Vermittlung, in einer die vernünftige einhaltenden Wirtschaftspolitik zu erkennen. Die Aufgabe des Staates ist nicht die Nachdruck der wirtschaftlichen Liberalismus, sondern die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse, die der Mensch, nicht der Nationalreichtum, sondern der Mensch, nicht der Mensch nur Mittel für den Wirtschaft, sondern die Wirtschaft, er ist stets, wenn er dem anderen seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, auch Subjekt des Wirtschaftens. Nächster der Volkswirtschaft ist die befriedigende Bedürfnisbefriedigung für das Volk, also nicht nur für bezugsfähige, sondern nach Möglichkeit für das gesamte Volk. Auch hier bleibt für den Staat die Pflicht, das Gemeinwohl und dessen Sicherung oberstes Ziel zu setzen, dem allen Widerständen zum Trotz Geltung zu verschaffen ist. Die Arbeit ist in christlichem Sinne die Befriedigung und die Arbeitskraft gegen Ausnützung zu schützen. Das Privateigentum ist im Interesse der Wirtschaftsfähigkeit, des Unternehmungsgeistes, der Verantwortung unangefastet zu lassen, andererseits,

soweit das Gemeinwohl es erfordert, zu Leistungen heranzuziehen. Sicherlich hängt die wirtschaftliche Reform vor allem von einem Wandel der Gesinnungen ab, von der Rückkehr zur christlichen Auffassung des Berufes, der Arbeit, des Privateigentums als unveräußerliches Gut, von der Rückkehr zur christlichen Gewissenhaftigkeit, Gemütsamkeit, Selbstbekehrung, Opferwilligkeit; aber der Staat darf nicht etwa diese unteilbaren Tugenden zum Vorwand nehmen, um sich der Erfüllung seiner dringlichen Aufgaben mehr oder weniger zu entziehen.

Er hat die Einrichtungen und Gesetze zu schaffen, die zur Wahrnehmung der Gesamtinteressen nötig sind, um auf das Wirtschaftsleben im Sinne der dargelegten Grundfälle einzuwirken. Nicht nur hat der Staat jeglichen ungerechten Mißbrauch des Privateigentums abzuwehren, nicht nur hat er den Wucher in jeder Gestalt zu bekämpfen und zu bestrafen, er hat auch im Interesse des Gemeinwohles die einzelnen wichtigen Erwerbszweige positiv zu schützen und zu fördern, wenn die privaten Kräfte und Bemühungen nicht ausreichen. Er hat je nach Notwendigkeit Landwirtschaft und Industrie, dem Handwerk und damit dem Mittelstand besondere Aufmerksamkeit zu schenken und besondere Fürsorge angedeihen zu lassen. Der Staat hat mit seinen Mitteln unehrlicher und betrügerischer Klame entgegenzutreten, er hat die Kartelle zu überwinden, wobei freilich genaue Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse unerlässliche Voraussetzung ist, hat gegenüber der Verdrängung der Wirtschaft, einer Vereinigung der Wirtschaftsmacht in wenigen Händen in Form von Unternehmervereinigungen, auf dem Gebiete der Preispolitik die Interessen des Volkes wahrzunehmen, hat Mißbräuche und volkswirtschaftliche Nachteile der Kartellgesellschaften zu bekämpfen. Der Staat hat das reine Börsenspiel, die reine Börsenspekulation zu beaufsichtigen, er hat die Wirtschaft zu treffen, daß nicht lediglich durch das Gewinninteresse das wirtschaftliche Leben gestaltet und unter Umständen die Produktion des notwendigen und damit das Gemeinwohl geschädigt wird. Der Staat hat der übermäßigen, die Güter verteuern den Verzerrung des Handels zu begegnen und nicht zuletzt überhaupt darauf hinzuwirken, daß das rücksichtslose Gewinnstreben in die gebührenden Schranken gewiesen wird, daß die Volkswirtschaft mehr und mehr den Gesamtinteressen sich einfügt und in ihr der organische Gedanke zum Siege gelangt.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß gemeinsame Interessen wirtschaftlicher Art das eigene Volk mit anderen Völkern verbinden, weshalb die organische Wirtschaftsauffassung zugleich in einem weitherzigen Sinn zu pflegen ist, nämlich im Sinne der Berücksichtigung anderer Nationen, der Idee der Völkervereinigung. Zunächst natürlich ist erforderlich, im eigenen Volke diese Gedanken praktisch zu verwirklichen.

Was wir sein müssen

Eine Bewegung, die aus dem Keim der Gemeinschaft hervorgegangen ist, trägt das Zeichen eines Höheren in sich. Deshalb ist das Wollen einer solchen Bewegung stets auf das Religiöse oder auf das Soziale hingewandt, oft schließt es beides fest in sich, wie sich dem Religion und sozialer Gedanke schließlich nicht trennen lassen. Das Soziale läßt sich, wenn es festen Bestand haben soll, nur auf dem Boden des Religiösen fundamentieren. Denn das Soziale ist mehr als ein Rechtsgebot oder ein Beschluß eines Schlichtungsausschusses, es ist härter verankert als in den Zufälligkeiten von juristischen Paragraphen, es ist zutiefst das innere seelische Verklammertsein von Mensch zu Mensch und von Volk zu Volk.

Es ist wahr, dieser soziale Gedanke existiert vorläufig nur in der Idee und in Idealen, er ist nicht Wirklichkeit und wird es auch nie ganz werden, weil das Hindernis des Menschlich-Allzumenschlichen ihm entgegensteht. Aber wir haben unser Ziel und unsere Aufgabe darin, dem Sinne des sozialen Gedankens näherzukommen. Unter diesem Zeichen steht auch die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung, gleich ob es nun christliche Gewer-

schaften oder Konzepte sind. Unsere Bewegung will eine Kulturbewegung sein, sie will die allgemeine gesellschaftliche Zukunft im Auge behalten, sich nicht nur an irgendeiner äußeren Besserung der Verhältnisse beteiligen, sondern sie will darüber hinaus den Geist der Zeit, den Geist der gesellschaftlichen Formung und des wirtschaftlichen Willens veredeln, menschenwürdiger gestalten, versittlichen. Damit erst trägt sie den Sinn einer Kulturbewegung in sich und verknüpft diesen ihren Willen mit den höchsten sittlichen Zielen. In der Einheitlichkeit des weltanschaulichen Moments liegt die gewaltige Stärke unserer Bewegung. Ohne diese Einheitlichkeit der Weltanschauung wäre es nie möglich gewesen, sich gegen den kapitalistischen Geist und den sozialistischen Gedanken durchzusetzen.

Die Nachkriegszeit mit ihren geistigen Wirren, dem Suchen nach Neuem, Gestaltungsfähigem, das politische Ringen, die Verschiedenheit in der Beurteilung sozialer Probleme konnten auch an einer so großen und vielfältigen Bewegung, wie es die unsere ist, nicht spurlos vorübergehen. Die Gegner hofften, daraus Kapital für sich schlagen zu können und gaben sich dem Wunsch nach einer Meherung und Vertiefung der „Gegenfrage“ hin. Noch vor einigen Tagen glaubte der sozialistische Reichstagsabgeordnete Sollmann im „Vorwärts“ aus den Vorkommnissen der letzten Jahre schlussfolgernd den inneren Abmarsch größerer Teile der christlich denkenden Arbeitererschaft zur Idee des Sozialismus ankündigen zu dürfen.

Das wird wohl „falsche Hoffnung, traurig eitlem Bahn“ bleiben. Dennoch sollten diese Mahnzeichen uns in etwa zu denken geben. Die Zeit und die Bewegung verlangen Glaube, Optimismus, Eingabe, denn nur durch sie ist ein Aufstieg möglich. Pessimismus, nörgelnde Kritik, Zweifelsucht sind stets die Totengräber einer Bewegung gewesen.

Die Fragen des Staatsvolkes und der Staatsform mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen bedürfen weiterer Klärung. Prinzipielle Einheit der Auffassung dürfte in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wohl darin bestehen, daß man grundsätzlich auf dem Boden der Befassung steht. Für uns alle umschließt der Begriff Vaterland das lebendige deutsche Volk mit den Werten seiner Geschichte und seiner Tradition, seinen Kämpfen, seinen Schöpfungen, seinem Gewerbegeist. Für uns ist Volk und Staat kein abstrakter Begriff, sondern ein Lebens- und Kulturwert, es ist eine Dreieit am Gemeinamkeit in Geist, Körper und Seele, die wievielteil in unserem Denken geistig und durch gesellschaftliche Miße getrennt, dennoch in Wahrheit untrennbar und unteilbar sind. Staat und Volk gegenüber soll jede Schicht gleiches Recht und gleiche Verantwortung tragen. Nun wird es bei jeder Staatsform eine Schicht geben, die mehr freudige Verantwortung tragen will und trägt als vielleicht eine andere; Staatskunst ist es aber, alle Schichten zu bewußten Trägern am Schicksal eines Volkes zu machen. Das hat der alte Staat nicht vermocht; er hatte nicht die Kraft, die Gegensätze zwischen genossenschaftlichem Geist und Obrigkeitstaat und zwischen berechtigter Freiheit und Notwendigkeit einer Bindung zu schließen; er vermochte es auch nicht, die neue Schicht, den „vierten Stand“ gleichberechtigt und verantwortlich an sich zu binden.

Der neue Volksstaat ist ein Staat aller Schichten. Zwar wird es noch mancher staatsbürgerlichen Erziehungsarbeit bedürfen, um alte, im früheren Staat mächtigere Schichten, zu dieser Ueberzeugung zu bringen. Wer wenn nicht alles täuscht, sind wir doch auf dem Wege dazu. Auch die Arbeitererschaft sollte nicht vergessen, daß es für bestimmte bürgerliche Parteien gar nicht leicht ist, alle ihre Anhänger umzustellen auf das, was für den gegenwärtigen Staat notwendig und dienlich ist.

Aus volkspolitischen Erwägungen betaus wünscht auch die christliche Arbeitererschaft ein parlamentarisches Zusammenarbeiten mit den Sozialisten und sie bedauert, daß sie lieber in Opposition als in Mitarbeit machen. Aber aus Bedauern mit den Sozialisten nun der Ansicht sein und etwa politische Konsequenzen daraus ziehen, als ob der Volksstaat nur Bestand hätte mit den Sozialisten und jede Einbeziehung von

Rechtsparteien an die staatsverantwortliche Bindung eine Gefährdung des Volksstaates darstelle, eine solche Anschauung wird eine Bewegung, die mit staatspolitischen Notwendigkeiten rechnet, ablehnen.

Vorbedingung bei allem ist die Selbstverständlichkeit regster Mitarbeit der christlich-nationalen Arbeiterschaft in den bürgerlichen Parteien und die wache Sorge um die weise Führung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Erkenntnis muß wachsen, daß Politik und Politikfragen zwei grundverschiedene Sachen sind, daß man das erste bereiten, aber das zweite meiden soll. Wenn unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung auf dem Boden der Volksgemeinschaft steht, dann ist damit auch der Wille ausgesprochen, um das ganze Volk die Bande staatsbürgerlichen Zusammenhaltens zu ziehen.

Vor allem — und das ist das Wichtigste — muß der einheitliche Wille der gegenseitigen Hilfe und des Einnehmens füreinander stärker aus den bedeutendsten Kundgebungen von Tagungen und Konferenzen in die praktische Arbeit hinein getragen werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist nur so stark, als ihre Glieder gegenseitig ineinander verklammert sind.

Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften

In dem vor einiger Zeit erschienenen Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände für die Jahre 1925 und 1926 findet man u. a. auch eine Stellungnahme zu den Organisationsfragen der deutschen Arbeitnehmerverbände. Man beschäftigt sich dort sehr ausführlich mit den Fragen des Sozialrechtes, der Sozialversicherung, des Arbeitsmarktes, Arbeitsnachweises, des Erwerbslosenproblems, der Arbeitszeit, des Lohn- und Tarifwesens, der internationalen Sozialpolitik sowie mit der Sozialpolitik des Auslandes.

Es soll hervorgehoben werden, daß die großen Aufgaben der Arbeitnehmerverbände für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Stellung der Arbeitnehmerschaft anerkannt werden. Insbesondere geschieht das bei der Kritik an den Aufwendungen für Bildungsmaßnahmen der Arbeitnehmerverbände, die „im allgemeinen einen sehr beachtlichen Kosten in der Ausgabeübersicht darstellten. Alle Gewerkschaften haben erkannt, daß die Arbeitnehmervertreter den an sie herantrahenden vielseitigen Aufgaben nur gerecht werden können, wenn sie über ein bestimmtes Maß von Kenntnissen verfügen“. In gleichem Maße schenkt der Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände auch den durch die Selbsthilfe der Arbeitnehmerschaft geschaffenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen ein besonderes Augenmerk, deren Gründung und Ausbau von allen Gewerkschaftsrichtungen mit großem Eifer betrieben wird, da sie bei günstiger Entwicklung nicht unwesentlich dazu beitragen, die Verbände zu stärken.

In diesem Zusammenhange wird bei der kritischen Betrachtung der freien Gewerkschaften besonders die Gewerkschaftsbank berücksichtigt, während andererseits der Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Wert darauf legen zu müssen scheint, auf die „Vielfältigkeit der Zusammenfassung und Vielseitigkeit der Einflusssphären der im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten christlich-nationalen Gewerkschaften im Unterchied zu den in der Gesamtheit dem sozialistischen Gedanken ergebenden freien Gewerkschaften“ hinzuweisen.

Das Bild der politischen Struktur des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird durch die Einfügung einer Tabelle über die parlamentarische Vertretung im Reichstage beleuchtet und gleichzeitig hervorgehoben, daß die Arbeiten der Führer und Abgeordneten der christlich-nationalen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete, trotz aller Divergenzen einheitlich auf das gleiche Ziel gerichtet gewesen sind.

Der Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nimmt auch Bezug auf die „große Mühseligkeit und Reichhaltigkeit der gewerkschaftlichen Fachpresse“, eine Art der Tätigkeit, die von den Gewerkschaften während der Reichszeit noch erheblich vergrößert worden ist. „Sie stützt sich auf ein außerordentlich großes Verständnis und eine ebenso große Opferwilligkeit, welche die Mitglieder der Gewerkschaften aller Art ihrer Presse entgegenbringen. Ohne eine derartige theoretische und praktische Hilfe würde es nicht möglich sein, insbesondere die zahlreichen Zeitschriften auf der Höhe zu erhalten, deren sie sich ganz unerschütterlich erfreuen.“

Wenn in der Schlussbetrachtung noch grundsätzlich zu dem Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zueinander Stellung genommen und klar ausgesprochen wird, daß niemand über die jetzige Lage, die von Mißtrauen und Halbheit durchsetzt sei, Befriedigung empfinden könne, so muß auf der einen Seite zwar begrüßt werden, daß hier offen ausgesprochen wird, daß die Schuld nicht nur bei der Arbeitnehmerschaft zu suchen ist, sondern vielmehr auch im Lager der Arbeitgeber Fehler gemacht werden. Dieses offene Eingeständnis wird in Zukunft dazu verpflichten müssen, den Forderungen und Wünschen der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen mit dem Verständnis entgegenzukommen, das allenfalls von den Führern der Arbeitnehmerschaft den wirtschaftspolitischen Erfordernissen entgegengebracht worden ist und dessen Aufrechterhaltung in mancher Situation vielleicht außerordentlich schwer gewesen ist und starker Ueberwindung bedurft hat. Wenn auf der einen Seite durch den Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ganz klar von gegnerischer Seite die Auffassung interpretiert worden ist, daß geschlossene in sozial-, wirtschafts- und kulturpolitischer Beziehung starke und führende Organisationen an der Arbeit sind, so läßt diese Erkenntnis obendrein vielleicht noch ein Urteil zu über die Zweckmäßigkeit oder Sinnlosigkeit des Bestandes von Organisationen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

hin und her sondieren, ohne ein klar umrissenes Arbeitsgebiet vor sich zu sehen. Damit meinen wir die Gelben, die sich noch immer kämpfhaft bemühen ihr Licht leuchten zu lassen. Während die Roten werden sich davon jedoch nicht irreführen lassen.

Wer ist leistungsfähiger?

Gelegentlich der Weltwirtschaftskonferenz in Genf veröffentlichte das Internationale Arbeitsamt in der Denkschrift die „Ergebnisse einiger Erhebungen über die Kosten des Privathandels und denen der Konsumgenossenschaft“. Die Denkschrift kommt zu einem wichtigen Ergebnis für die Konsumgenossenschaften allen erfassten Ländern. Diergegen wendete sich die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Berlin, und brachte ihrerseits Vergleichsmaterial, wonach bei 65 untersuchten Fällen die Konsumgenossenschaften in 44 Fällen teurer und in 11 Fällen billiger waren als der Einzelhandel und die Preise in 10 Fällen die gleichen waren. Die Prozentzahl, um die Konsumgenossenschaften teurer waren, schwankte zwischen 6 und 10 Prozent.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, Köln, hat nun die ihm angeschlossenen Genossenschaften aufgefordert, sich zu den sie betreffenden Erhebungen des Einzelhandels zu äußern. Da die Durchführung der Konsumgenossenschaften durchweg nach Jahren eine Nachprüfung der jeweiligen Ermöglicht, ist von den in Frage kommenden waltungen der Genossenschaften festgestellt worden, ihre Preise im Oktober 1925 verhältnismäßig niedriger in 5 Fällen auch noch höher waren, als sie in der Tabelle des Einzelhandels angegeben sind. Gleich war aber die Bezeichnung der Ware glatt irreführend. Der Reichsverband deutscher Konsumvereine hat daher beantragt, neue Erhebungen anzustellen, deren Ergebnis nun in einer Schrift vorliegt.

Aus 49 Orten, dem Sitz der Konsumgenossenschaften, sind insgesamt 187 Tabellen eingegangen. In den Tabellen erscheint die Konsumgenossenschaft in 12 Fällen teurer, in einem Falle sind die Preise gleich und in 174 Fällen ist der Einzelhandel teurer und zwar in 4 Geschäften über 30 Prozent, in weiteren 16 Geschäften 20 bis 30 Prozent. Die Differenz zwischen den Gesamteinkaufsummen ergibt ein Preisunterchied von 10,78 Prozent zugunsten der Konsumgenossenschaften. Hierzu ist noch zu berücksichtigen, daß die aufgeführten 49 Genossenschaften mit wenigen Ausnahmen für das Jahr 1926 bis zu 7 Prozent Rückvergütung, in einer Gesamtsumme rund 3,8 Millionen Mark zahlten. Die Unterlagen für die Erhebungen sind vorhanden.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels bezogt in ihrer Denkschrift ein auffallend großes Interesse daran, derartige Preisvergleiche überhaupt als unmöglich hinzustellen. Die wiederholt geäußerte Absicht der Denkschrift geht gar nicht dahin, möglichst objektiven Preisvergleich anzustrengen

Aus dem Beruf

Das Färben der Schnitte

Das Berzieren der Schnitte gibt dem Buch außer Schönheit auch zugleich größere Haltbarkeit, sei es durch Farb- oder Goldschnitt. Umversetzte Schnitte nehmen leicht Schmutz an und die Kanten vergilben schneller, ganz besonders bei schlechtem Papier. Zum Färben der Schnitte nimmt man gewöhnlich fertige Schnittfarbe (Anilinfarbe) oder mit Wasser selbst angerührte Teigsfarbe. Das Auftragen der Farbe geschieht mittels eines kleinen Schwämmchens. Die zu färbenden Schnitte werden entweder mit Holz- oder Pappspalten in eine Handpresse gut eingepreßt und dann gefärbt. Oder man nimmt einen kleinen Stoß-Bücher, legt oben und unten ein passendes Brettchen und drückt mit der linken Hand die Bücher fest zusammen, um mit der rechten Hand die Bücher färben zu können. Sollen die Schnitte nach dem Färben geglättet werden, so muß schon der erste Arbeitsgang (Empressen der Bücher) in Anwendung gebracht werden, wogegen beim Färben in der Hand die Schnitte nur abgeglättet werden, um so einen leichten Glanz zu bekommen. Das Einlaufen der Farbe in einzelne Blätter verhindert man durch festes Empressen der Bücher. Trotzdem hat man mitunter leicht einzulebendes Papier, z. B. schlechtes Kunstdruckpapier, das die Farbe auch bei sorgfältiger Verarbeitung noch einfaugt. Für solche schlechten Papiere sei die von der Firma Berger & Wirth, Farbenfabriken Leipzig, hergestellte Teigsfarbe empfohlen. Da diese Teigsfarbe nur mit Wasser angerührt wird, so hat sie das Bestreben, beim Färben der Schnitte auch nur das Wasser in das Papier eindringen zu lassen, wodurch keine Farbänderungen an den einzelnen Blättern entstehen. Die Farbe verbleibt nur an der Schnittkante des Papier. Die Anilinfarbe dagegen fordert kein Wasser an und dringt mit der Farbe in die Blätter ein. Das Wischen der Farbe stellt durch die heutige, farbenreiche Mode mitunter schwierige An-

sprüche an den Buchbinder. Gewöhnlich hat man nicht immer die passende oder gewünschte Farbe zur Hand. Dann muß man sich durch Wischen zu helfen wissen. Bei der fertigen Anilinfarbe ist es oft schwer, den richtigen Ton zu bekommen. Beim Wischen von zwei Farben zeigen sich beim Gebrauch dieser Wischfarbe dunkle Anilinstreifen. Ganz besonders beim Wischen von Rot und Blau, um Violett zu bekommen, ist dieser Uebelstand wahrzunehmen. Durch Zugießen von Wasser treten die Anilinstreifen zurück, jedoch wird dann das Violett etwas heller. Anders ist es bei der genannten Teigsfarbe. Bei kritischer Farbmischung arbeitet diese sicher und gleichmäßig. Da gibt Blau und Rot ein gleichmäßiges Violett, nachdem der Schnitt trocken ist, einen schönen, reinen Ton. Auch bei Büchern von verschiedenen Sorten oder gar flechtigen Papier, erzielt die Teigsfarbe einen gleichmäßigen Schnitt, weil durch die Farbe das Papier mehr überdeckt wird. Bei Anilinfarben zieht die Farbe ein und dadurch tritt die Schattierung der verschiedenen Papiere mehr heraus. Beim Wischen der Farbe spielt das Verdünnen mit Wasser eine große Rolle. Da helfen einige Tropfen Wasser mehr, als ein Liter Farbe. Zum Beispiel: Um ein helleres passendes Grau zu bekommen, probiert man mit Zugießen von Wasser so lange, bis der richtige Ton erzielt ist.

Sind die Schnitte gefärbt, so müssen sie aufgeblättert werden. Durch die Feuchtigkeit der Farbe kleben die Blätter leicht zusammen, besonders bei Kunstdruckpapier. Solange die Schnitte noch feucht sind, lassen sie sich durch Aufblättern leicht lösen. Es kommt auch vor, daß trotz Aufblätterns die Schnitte noch kleben. In solchen Fällen ist in der Regel das Aufblättern zu früh vorgenommen worden, oder es liegt an der Beschaffenheit des Papiers. In diesen Fällen muß man zweimal aufblättern, das erste Mal nach dem Färben, das zweite Mal muß der Zeitpunkt abgewartet werden, wo die Blätter anfangen, zusammenzukleben. Damit nimmt man dann die letzte Feuchtigkeit fort und ein Kleben der Schnitte ist verhindert.

Das Färben der Schnitte gehört wohl zu den einfachsten Arbeiten des Buchbinders, und doch will auch diese Arbeit gelernt sein. Es kommen Papiere vor, die

mit ganz besonderer Aufmerksamkeit behandelt werden müssen, um einen sauberen, gleichmäßigen und gleichbleibenden Schnitt zu erzielen.

M. Gladbach

Aug. Kierdorf

Allerlei Wissenswertes

Das Einfügen der Bücher, das seit dem 17. Jahrhundert bekannt ist, ist keine Neuerung gewesen, denn wurde in anderer Weise schon viel früher geübt. Schon im 12. Jahrhundert schnitt man Pergamentlagen an den Stellen ein, wo sie durch Stoffäden zusammengehalten werden sollten, in zentralen Fällen bis 10 mm tief.

Die Verwendung von Leim bei der Buchbindung ist erst seit dem 16. Jahrhundert bekannt, fast gleichzeitig mit der Erfindung der Buchdruckerkunst, dahin wurden die Bücher, auch auf dem Rücken, klebtest, nicht mit Stärkekleister, sondern mit Papp.

Bergoldeeweiß. 1 Eiweiß, ebensoviel Wasser (also gleiche Teile Eiweiß, Essig Wasser), dazu eine Messerspitze Salz, einige Tropfen Glycerin, tüchtig quirlen, dann über Nacht oder mindestens einige Stunden abstehen lassen, um die Leimablaspungen gießen, damit die Flüssigkeit zurückbleiben.

Schnitteweiß. Auf ¼ Liter Wasser ein Eiweiß, tüchtig quirlen, abstehen lassen und dann durch Sieb gießen.

Wälzer, Bezeichnung für große, unbandige Bücher. — Wahrscheinlich bezeichnete der Buchbinder diese Bücher so, weil sie sich beim Arbeiten nur flach hantieren ließen und auf dem Tisch herumgerollt werden mußten.

(Der Buchbinderlehrling)

auf Grund hiervon eine Ueberlegenheit des Einzelhandels behaupten zu wollen, sondern es liegt ihr im Gegenteil lediglich daran, zu zeigen, zu welchem Ergebnis man bei derartigen Nachprüfungen gelangen kann. Wir würden uns dieser Auffassung recht stark widern, wenn nicht in Korrespondenzartikeln des Einzelhandels gerade die entgegengesetzte Behauptung aufgestellt würde. Für ihre Vergleichbarkeit hat die Einzelhandelsstatistik die Wahl der Ware, ihre Zahl und ihre Qualität in jedem Falle willkürlich vornehmen lassen. Der Reichsverband legt dagegen allen Erhebungen eine feste Liste von 23 qualitativ fest umschriebenen handelsüblichen Waren zugrunde. Wo diese geforderten Waren geführt wurden, sind sie eingestuft und konnten nicht durch andere Vergleiche ersetzt werden, die vielleicht ein günstigeres Resultat zugelassen hätten. Daß der Einzelhandel seinen Mitgliedern diese Willkür lieh, ist ihm so weniger verständlich, als seine Denkschrift festsetzt. Es scheint also bei den Preisvergleichen, daß man je nach der Zusammenstellung der verschiedenen Warensorten zu positiven und negativen Ergebnissen kommen kann."

Die Denkschrift des Einzelhandels bemängelt den geringen Umfang der Untersuchungsgrundlage in der neuer Denkschrift. Sie übersieht hierbei, daß die angeführten Genossenschaften mit ihren rund 1000 Filialen doch nicht mit 5 Einzeläden gleichzusetzen sind. Die willkürlich herausgegriffenen 56 Läden in der Statistik des Einzelhandels stellen einen weit geringeren Bruchteil der rund 675 000 Verkaufsstellen des privaten Einzelhandels dar. Die Erhebungen des Reichsverbandes erfassen sich nur auf 49 Konsumgenossenschaften mit insgesamt 1226 Filialstellen und bieten 187 Einzelstabellen mit über 4000 Warenvergleichspunkten, gegen nur 800 Warenvergleiche des Einzelhandels. Da die Preise in den Filialstellen der Genossenschaften, vielleicht mit verschwindend kleinen Ausnahmen, gleich sind, sind also die Auswirkungen ganz andere, als bei den Preisvergleichen des Einzelhandels. Nimmt man zu den 187 Tabellen des Reichsverbandes noch die 181 Tabellen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hinzu (wo sich der Einzelhandel in zwei Fällen gleichpreisig, in 17 billiger und in 162 teurer herausstellt als die Genossenschaft), so fällt auch die Bewertung des Umfangs der Erhebungen stark zugunsten der Konsumgenossenschaften aus.

Die ironisch ablehnende Haltung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in der vom Internationalen Arbeitsamt aufgeworfenen Preisfrage steht in einem unglücklichen Widerspruch zu den Interessen der von ihr geführten Standespolitik. Der Einzelhandel müßte alles daransetzen, im Interesse der Erhaltung seines Standes seine angebliche wirtschaftliche Bestuhungsfähigkeit durch billige Preise auch vor der Öffentlichkeit zu beweisen. Wir erkennen die Schwierigkeiten der objektiven Preisvergleiche durchaus an und stellen diese Vergleiche auch nur zur Abwehre an. Und kommt es nicht darauf an, ob hier oder da einmal der Kleinhandel oder die Genossenschaft billiger oder teurer ist. Diese Feststellung läßt sich doch endgültig für Einzelfälle nicht verallgemeinern. Uns kommt es auf die Erfolge an, die insgesamt durch unsere grundsätzlichen Zieleinstellung erreicht wurden. Die Genossenschaften haben nicht die Aufgabe, die Preise des Kleinhandels zu unterbieten, um dadurch existenzbedingend zu werden; sie stellen vielmehr eine Abwehrtendenz dar gegenüber dem anwachsenden anti-sozialen Monopolkapitalismus.

Die berufliche Gliederung unseres Volkes

I
Die fortgeschrittene Bearbeitung der Reichsergebnisse der Berufszählung des Jahres 1925 ermöglicht es, eine Uebersicht über die Verteilung der deutschen Bevölkerung auf die einzelnen Wirtschaftszweige zu gewinnen. Durch die im Jahre 1925 gleichzeitig erfolgte Volks-, Berufs- und Betriebszählung wurde zum ersten Male die Gesamtbevölkerung nach dem Merkmal der Zugehörigkeit zu den einzelnen Wirtschaftszweigen gegliedert. Wie die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ mittels, wurde für diese Gliederung nach einzelnen Wirtschaftszweigen eine Systematik gewählt, die sich zwar eng an das für die gleichzeitig durchgeführte gewerbliche Betriebszählung verwendete Schema anpaßt, aber eine weniger spezialisierte Unterteilung aufweist. So wurde ein Rest von 166 Wirtschaftszweigen geschaffen, das sämtliche Erwerbsmöglichkeiten umfaßt. Die Berufsstatistik hat eine weitergehende Gliederung nach der Berufszugehörigkeit nicht vorgenommen mit der Begründung, daß die Wirtschaftszweige für die Zwecke der Berufszählung nur einen Rahmen bieten sollen, in dem die individuelle berufliche Tätigkeit dargestellt werden kann. Daher müssen die Angaben über die Zahl der beschäftigten Personen in enger umgrenzten Industriezweigen aus den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung genommen werden. Wenn die durch die Berufszählung gewonnenen Ziffern nicht genau mit den durch die gewerbliche Betriebszählung gewonnenen übereinstimmen, so liegt der Grund darin, daß die Betriebszählung die vorübergehend Arbeitslosen bei ihren

Industriezweige nicht erfassen kann und auch auf die Untercheidung von Haupt- und nebenberuflicher Tätigkeit verzichtet muß.

Es sei hier festgehalten, daß im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft, die als Abteilung A in der Berufszählung figuriert, die Gärtnerei und der Gartenbau, die Zucht nicht landwirtschaftlicher Nutztiere, die Forstwirtschaft und die Fischerei gegenüber der eigentlichen Landwirtschaft äußerst dünn besetzt sind. Wenn auf die eigentliche Landwirtschaft 21,9 Prozent der gesamten Reichsbevölkerung oder 13 676 296 Personen entfallen, so wurden in der Gärtnerei und dem Gartenbau nur 314 575 Personen, in der Zucht nicht landwirtschaftlicher Nutztiere 3280 Personen, in der Forstwirtschaft 314 958 Personen, in der Fischerei 64 165 Personen gezählt, die also gegenüber der Bevölkerung in der eigentlichen Landwirtschaft einen sehr kleinen Anteil ausmachen.

Im Rahmen der Industrie und des Handwerks, die als Gruppe B figurieren, zeigt sich die überragende Bedeutung der Metallindustrie. Fast elf Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung oder mehr als ein Viertel der deutschen Industriebevölkerung gehören zu den verschiedenen Zweigen der Metallindustrie, von denen der Maschinenbau, die Großmaschinenindustrie und die Herstellung von Eisen- und Stahlwaren sowie die elektrotechnische Industrie als wichtigste Industriezweige hervorzuheben sind. Abgesehen von der Metallindustrie gehören zum Bergbau 6,2 Prozent der Gesamtbevölkerung, zum Bekleidungs- und Holzgewerbe 3,9 Prozent, zum Bergbau 3,8 Prozent, zum Holzgewerbe 3 Prozent, zur Textilindustrie 3 Prozent, zur Industrie der Steine und Erden mehr als 2 Prozent und zur Papierindustrie 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Innerhalb der Abteilung C, die den Handel und Verkehr umfaßt, entfällt annähernd die Hälfte der hier gezählten Personen auf das Handelsgewerbe, als dessen wichtigster Zweig der Warenhandel zu nennen ist, zu dem allein 6 Prozent der Reichsbevölkerung gehören, während der zweitwichtigste Zweig der Abteilung C, das Bank- und Börsenwesen, rund 400 000 Berufszugehörige umfaßt. Innerhalb des Verkehrswesens stehen die Verkehrsunternehmen des Reiches an der Spitze. Auf die Reichsbahn mit rund 2 352 000 und die Reichspost mit rund 826 000 Berufszugehörige entfallen zusammen 5,1 Prozent der Bevölkerung.

Innerhalb der Abteilung D, die die Verwaltung und freie Berufe umfaßt, befinden sich die Berufszugehörigen der Reichs-, Landes- und Gemeindeverwaltungen mit 1 544 000 Personen sowie das Bildungs-, Erziehungs- und Unterrichtswesen mit rund 771 000 Personen.

II

Für die berufliche Gliederung und die gesamte soziale Struktur des Reiches außerordentlich wichtig sind die Erhebungen, die sich mit den Erwerbstätigen der Wirtschaftszweige nach ihrer Stellung im Beruf beschäftigen. Hierüber unterrichtet folgende Tabelle:

Von je 100 Erwerbstätigen sind:

Wirtschaftsgruppen Wirtschaftsabteilungen	Gehilfen u. Arbeiter	Vollständige u. Halbwitzige Arbeiter		Arbeiter mit Hilfs belegschaft angehörige
		Arbeiter mit Hilfs belegschaft angehörige	Hilfs belegschaft angehörige	
1. Landwirtschaft, Tierzucht	22,8	1,9	26,0	49,9
2. Forstwirtschaft u. Fischerei	9,2	20,7	67,5	2,6
A. Land- und Forstwirtschaft	22,6	1,6	26,7	49,1
3. Bergbau	0,3	7,0	92,7	0,0
4. Industrie der Steine und Erden	4,6	7,6	87,4	0,4
5. Eisen- u. Metallgewinnung	1,0	13,4	85,6	0,0
6. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	14,2	8,9	76,2	0,7
7. Maschinen, Apparate und Fahrzeugbau	2,8	18,0	79,1	0,1
8. Elektrotechnische Industrie	8,6	19,6	71,3	0,5
9. Chemische Industrie	3,8	26,5	69,5	0,2
10. Textilindustrie	10,2	10,4	78,5	0,9
11. Papierindustrie	7,1	12,4	79,8	0,7
12. Lederindustrie	18,7	9,6	70,4	1,3
13. Hautschuhindustrie	2,4	19,5	78,0	0,1
14. Holzgewerbe	19,7	6,5	72,5	1,3
15. Rüstinstrumentenindustrie	17,2	10,2	68,5	4,1
16. Nahrungsmittelgewerbe	18,6	12,2	59,4	9,8
17. Bekleidungs- u. Bekleidungsgegenstände	38,7	5,6	53,5	2,2
18. Haugewerbe	13,5	8,0	78,2	0,3
19. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung	1,7	25,8	72,5	0,0
B. Industrie und Handwerk	13,5	11,0	73,9	1,6
20. Handelsgewerbe	31,5	44,4	15,4	8,7
21. Verkehrs- u. Transportwesen	10,0	85,7	4,2	0,1
22. Verkehrswesen	3,7	47,8	48,1	0,4
23. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	29,0	11,7	36,8	22,5
C. Handel und Verkehr	22,7	42,1	27,3	7,9
D. Verwaltung, freie Berufe	12,1	76,7	10,9	0,3
E. Gesundheitswesen usw.	28,4	38,4	31,8	1,4
F. Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art	0,2	3,7	96,1	0,0
A.—F. Summe der Abteilungen	17,3	16,5	49,2	17,0

Von der gesamten Arbeiterschaft des Deutschen Reiches, die 14 333 751 Personen umfaßt, entfallen mehr als zwei Drittel, 67,8 Prozent, auf Industrie und Handwerk, während sich in der Land- und Forstwirtschaft 18,1 Prozent, im Handel und Verkehrswesen 10 Prozent aller Arbeiter befinden und der Rest von 4,1 Prozent auf die übrigen Abteilungen entfallen. Die Gliederung der Industriearbeiter nach dem Geschlecht zeigt, daß 80 Prozent auf das männliche und 20 Prozent auf das weibliche Geschlecht entfallen. Den größten Anteil stellen die Frauen in der Textilindustrie und im Bekleidungs- u. Bekleidungsgegenstände mit 58,7 bzw. 58,4 v. H. aller Arbeiter. In diesen beiden Industriezweigen ist demnach die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen auch absolut größer als die der Arbeiter. In größerem Abstand folgt die Hautschuhindustrie mit einem Anteil von 35,1 Prozent, die Papierindustrie mit 33,5 Prozent.

Volkswirtschaft - Sozialpolitik

Statistisches von der Krankenversicherung

Aus einer im Jahrbuch der Krankenversicherung veröffentlichten Statistik, an der sich 1036 Klassen mit 9 127 254 Versicherten beteiligten, geht hervor, daß von diesen Klassen 51 unter 1000, 2 über 200 000 1 über 300 000 und 1 nahezu 500 000 (489 000) Mitglieder zählte, 987 (95,3 Prozent) dieser Klassen hatten bis 1. Januar 1927 die Familienkrankenbühse — mit 8 989 037 Versicherten (98,5 Prozent) — eingeführt. Eine Ausnahme machte jedoch das Schwammereignis, das mit verschlebener Zeitdauer von 222 Klassen (mit 2 650 270 Versicherten) gewährt wurde. 172 Klassen mit 1 484 886 Versicherten haben Verträge mit Heilanstalten geschlossen, während es im Vorjahre nur 13 Klassen mit 155 586 Versicherten waren. Dieser Fortschritt hängt untrennbar mit den neuen Bestimmungen der Wochenbühse zusammen. Beachtenswert war auch die Beteiligung der Klassen an der Gesundheitsfürsorge. 568 Klassen mit 5 948 919 Versicherten zahlten bzw. erstatteten an die Landesversicherungsanstalten für Heilverfahren 2 417 329 M. 394 Klassen mit 5 283 624 Mitgliedern leisteten daneben noch Zuschüsse an Beratungsstellen für Tuberkulose in Höhe von 418 256 M. An Beiträgen und Zuschüssen für Kinderfürsorge wandten 355 Klassen mit 5 025 827 Versicherten 856 578 M. auf. Die Wochenbühse führten vereinbarungsgemäß 121 Klassen mit 536 501 Versicherten durch, 16 Klassen mit 1 085 788 Mitgliedern unterhielten Heime in Badeorten. Aus dem sehr unstrukturierten Gebiet der Nachuntersuchungen sei folgendes erwähnt: Bei 778 Klassen mit 7 918 412 Versicherten wurden 1 259 016 Versicherte zur Nachuntersuchung vorgeladen. Davon erschienen 198 142 nicht, 219 913 Mitglieder ließen sich sofort erwerbsfähig erklären, während bei der Untersuchung selbst 292 133 Mitglieder sofort als erwerbsfähig befunden wurden. Demnach waren durch die angeordnete Nachuntersuchung insgesamt 710 188 oder 56,5 Prozent der Versicherten sofort als erwerbsfähig erklärt worden (gegen 62,5 Prozent im Vorjahre). Zurzeit sind in Deutschland 8949 Krankenkassen mit 18 100 000 Versicherten vorhanden. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sind hierfür 17 838 Ärzte zugelassen, während die Zahl der tatsächlich zugelassenen Ärzte 29 045 beträgt. Im ganzen Reich sind 38 617 Ärzte vorhanden, von denen 5899 eine Kassenpraxis nicht betreiben.

Wettlauf der Mieten

Das Wettrennen der Mieten in den Altbauwohnungen und Neubauwohnungen fängt nicht erst an. Wir sehen diesem Wettlauf schon monatelang zu, und wie der Wettlauf endet, kann man sich denken: Die Neubaumieten werden den Altbaumieten immer eine erhebliche Spanne voraus sein. Nahegebende Kreise bemühen sich jetzt, diesen Wettlauf zu beeinflussen, sie wollen die Altbaumieten erheblich und schneller erhöhen, damit sie den Neubaumieten bekommen. Sie sagen, es sei ein unerträglich Zustand, diese große Spanne zwischen 100 und 150 Prozent der Altbau- und der Neubaumieten beizubehalten. Das ist richtig. Aber statt die Altbaumieten schneller zu erhöhen, damit sie die Neubaumieten einholen, sollte man lieber dem Wettläufer der Neubaumieten ein Bein stellen, damit er zu Falle kommt, dann käme nämlich die Altbauwerte ihm bestimmt bei. Wie geht dem das Wettrennen vor sich? Altbauwerte 100 Prozent, Baustoffpreisindeflexion 149,7 Prozent, Altbauwerte 110 Prozent, Baustoffpreisindeflexion 154,7 Prozent, und nach der Erhöhung auf 110 Prozent im Mai d. J. Baustoffpreisindeflexion 160,2 Prozent. Auf diese Weise kann das Wettrennen in alle Ewigkeit fortgehen, denn bleibt die Neubauwerte immer der Altbauwerte voraus. Wie soll man aber den Neubaumieten ein Bein stellen, damit sie zu Fall kommen? Die Mittel sind: Nationalisierung und Typisierung des Bauens, größere Zuschüsse aus den Mitteln der Hauszinssteuer, die ja für diesen Zweck bestimmt ist; Senkung der Zinsen aus Mitteln der Hauszinssteuer; Kampf dem Baustoffmischer, ev. Mietzuschüsse für Wintermittelteile aus Mitteln der Hauszinssteuer; Unterstützung der Gemeinnützigen Bau-genossenschaften und Siedlungsgesellschaften, die ohne Gewinn arbeiten. Solche und ähnliche Mittel angewandt, würden zum Ziel führen, daß die Neubaumieten sich den Altbauwerten nähern. Die bekannte Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums meint aber, es sei besser, wenn man die Altbauwerte

auf 180 bis 160 Prozent erhöht. Im Handelsblatt der „Kölnischen Zeitung“, Nr. 477 vom 10. Juli äußert sich Dr. Weidmann, der Direktor der Westdeutschen Bodenkreditanstalt, wie folgt:

„Will man das private Kapital mehr als bisher an den Wohnungsbau heranziehen, und will man die Privatwirtschaft anreizen, mehr als bisher selbst zu bauen, so wird man sich zu überlegen haben, ob nicht trotz aller politischer und wirtschaftlicher Bedenken eine Heraushebung der Mieten notwendig ist, damit die Mente der Bauten gesteigert und das angelegte Kapital stärker gesichert wird.“

Und in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 27. Juli verteidigt man auch die Auffassung, daß eine künstliche Verbilligung der Neubauwohnungen unmöglich sei und zieht daraus die Folgerungen:

„Für die Zukunft kann also weitere Erhöhung der Miete nicht ungangen werden. Für viele Kreise bedeutet das beträchtliche Vertenerung der Lebenshaltung. Allein, es wäre weit besser, wenn sich die sog. Mieterorganisationen, die doch größtenteils Arbeitnehmer als Mitglieder haben, für Lohn-erhöhungen, die für sie die Mietsteigerung ausgleichen, sich einsetzen, als für niedrige Zwangsmiten. Diese werden ja doch in die Lohnsätze ein kalkuliert und ermöglichen dadurch nur den Arbeitgebern niedrige Geschäftskosten.“

Das ist sehr leicht gesagt, aber sehr schwer durchzuführen; selbst das Reichsarbeitsministerium muß in seiner Denkschrift zugeben, „daß große Personenkreise überhaupt nicht in der Lage sind, die Mieterhöhung in irgendeiner Form abzuwälzen“. Wenn man das von vornherein weiß, dann sollte man nicht so leichtfertig an Mieterhöhungen denken, sondern man sollte mehr darüber nachsinnen, wie man die Neubauwerten den Altbauwerten angleichen kann.

Gewerkschafts-Kundschau

Christliche Gewerkschaften und lath. Jugendvereine.

Nur in entrückter Zusammenarbeit können christliche Gewerkschaften und konfessionelle Jugendverbände ihr gemeinsames Ziel der Erleichterung unserer erwerbstätigen Jugend im sozialen Geiste des Christentums verwirklichen. Das gemeinsame Zusammengehen erfordert für die praktische Tagesarbeit Richtlinien, deren Aufstellung und Unterzeichnung durch die beiderseitigen Vorstände zunächst zwischen christlichen Gewerkschaften und den katholischen Jugend- und Jungmännervereinen Deutschlands in den letzten Tagen erfolgte. Es steht zu hoffen, daß ähnliche Abmachungen in Kürze auch mit den evangelischen Jungmännerbänden getroffen werden. Die Vereinbarung befaßt zunächst, daß eine zentrale Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiderseitigen Organisationen gebildet ist, die bezüglich und örtlich auszubauen sind zum Zwecke der Beranastaltung regelmäßiger Aussprachen über Wesen und Ziel der beiden Organisationen, der Beranastaltung gemeinsamer Jugendführerkonferenzen, Kurse und Jugendtagungen, der gegenseitigen Hilfe und dem Austausch von Kräften für die eigenen Beranastaltungen der beiden Organisationen, der gegenseitigen Unterstützung bei Werbemaßnahmen, z. B. durch Vorträge und durch Propaganda in Wort und Schrift. Dann wird das Arbeitsgebiet folgendermaßen umschrieben: „Die Jugendgruppen der christlichen Gewerkschaften sehen ihre Aufgabe in der gewerkschaftlichen und sozialwirtschaftlichen Schulung ihrer Mitglieder. Die religiöse und kulturelle Bildungspflege obliegt dem katholischen Jugend- und Jungmännerverein. Die Ausgestaltung gewerkschaftlicher Jugendveranstaltungen, insbesondere der Werbemaßnahmen, mit künstlerischen und unterhaltenden Darbietungen bleibt örtlichen Vereinbarungen überlassen. Spiel und Sport scheiden grundsätzlich aus; wo besondere Verhältnisse eine Ausnahme bedingen, haben die betreffenden gewerkschaftlichen Jugendgruppen die Zustimmung der Jugendleitung des Gesamtverbandes einzuholen. Die katholischen Jugend- und Jungmännervereine betrachten die christlichen Gewerkschaften als die Vertretung der Berufsinteressen ihrer Mitglieder und empfehlen diesen den Beitritt. Ihre eigene Aufgabe bleibt die allgemeine soziale Erziehung ihrer Mitglieder, die Förderung der Berufsfindung und der Standeskultur und die Jugendwohlfahrtspflege.“

Aus unseren Jahrestellen

Köln. Unsere Versammlung am 4. August im kath. Gesellenhaus wurde vom zweiten Vorsitzenden Kollegen Aug. Krenn geleitet. Nach Vertiefung der Schriftsätze vom Sekretariat und von der Zentrale gab Bezirksleiter Kollege Krenn einen interessanten Bericht über den Api-Tarif, desgleichen über soziale Wahlen. Der angekündigte Vortrag für die Jugendlichen mußte ausfallen. Unter „Verschiedenes“ machte Kollege Driesen einige Ausführungen über die neu gegründete Reiseparkasse für unser Jubelfest in Köln. Bis jetzt haben sich hieran schon 40 Sparer beteiligt.

Jeder Sparer erhält ein Sparsbuch, in das er je nach Vermögen eine Sparmarkte von 20, 30 oder 50 Pf. einlegen kann. Wenn nun jede Zahlstelle ebenfalls verfährt, dann ist es sicher, daß zum Jubelfest in Köln im Mai 1929 wenigstens zwei Drittel der Mitglieder erscheinen werden. Zum Schluß wurden die in letzter Zeit sich häufenden Lebergriffe eines Obermaßschmiedmeisters gegenüber unseren Mitgliedern gerügt.

Bielefeld. Nach längerer Unterbrechung halten wir am 27. August unsere Mitgliederversammlung. Unser Bezirksleiter, Kollege Krenn (Dortmund), gab uns einen Bericht über die letzten Tarifverhandlungen. In der Aussprache wurde bemängelt, daß die Ortsgruppenversammlungen längere Zeit ausgefallen waren. Notwendig sind wieder regelmäßige Versammlungen, die aber erforderlich, daß auch alle Aktiven und Kollegen erscheinen. Beschlüssen wurde, an jedem letzten Samstag im Monat, um 8 Uhr abends, die Versammlungen im kath. Vereinshaus, Heeperstr. 2, abzuhalten. Die nächste Versammlung ist demnach am 24. September, wovon heute schon alle Mitglieder hingewiesen werden mit der Bitte, zu erscheinen. Es ist heute nötiger denn je, daß wir uns in Zusammenkünften die nötige Aufklärung holen über Fragen unseres Berufs und der Sozialpolitik, wie auch über Organisationsfragen. Nach Besprechung einiger Betriebsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Am 30. Juli hielt unsere Jahrestelle nach längerer Zeit im Gesellenhaus wieder eine Versammlung ab. Der Besuch hätte besser sein können. Die Pflicht verlangt von uns, daß wir uns auch sonst um die Organisation kümmern, wenn nicht gerade ernste und dringende Tarifr-, Unterfügungs- und andere Fragen zu erledigen sind. Nachdem Vorsitzender, Kollege W. R. er, einige Kundschreiben der Zentrale verteilte und einige Neuauflagen bekanntgemacht hatte, hielt Gewerkschaftssekretär Kessl einen ausführlichen Vortrag über unsere Werbearbeit. Er schilderte zuerst die Errungenschaften der Organisation in dem letzten Jahrzehnt und die Notwendigkeit, auch im Wirtschaftskreis eine führende Stelle einzunehmen. Zum Schluß erteilte uns der Redner noch einige Rathschläge, wie wir in den kommenden Monaten unsere Werbearbeit betreiben sollen. Kollege W. R. dankte dem Redner für seine Ausführungen. Anschließend machte er die Mitteilung, daß der örtliche Zentralverband im Jahr 1929 sein 25jähriges Jubiläum feiert, zu dem die Kollegen herzlich eingeladen sind. Zu diesem Zwecke wurde die Anregung gemacht, eine Reiseparkasse einzuführen. Bei der Monatsversammlung soll den Kollegen Gelegenheit gegeben sein, sich Sparmarken der Deutschen Volksbank zu kaufen, um jetzt schon für eine Reise nach Köln zu sparen.

Lahr. Nun haben wir hier wieder eine Jahrestelle ausgebaut, nachdem die Arbeit wieder ruhete. Wir hoffen, daß wir jetzt rüstig vorwärtsreiten zum Segen aller Mitglieder. Erster Vorsitzender ist Jos. Ruf; Schriftführer: Gustav Baumann; Kassierer: Paul Oberst; Kassier: Eugen Weier. P. O.

München. Im atemberaubenden und doch auch zugleich so modernen München fanden sich die Delegierten der bayerischen Jahrestellen zu ihrer diesjährigen Konferenz am 13. und 14. August zusammen. Vertreter waren die Jahrestellen Amberg, Augsburg, Donauwörth, Landsbut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg. Leider fehlten Kaufbeuren und Kempten. Bei dem von der Jahrestelle Nürnberg am Vorabend im „Goldenen Schwan“ veranstalteten Begrüßungabend konnte dessen Vorsitzender, Kollege Kießling, nicht allein eine Reihe bewährter Kämpfer unserer christlichen Gewerkschaftsfrage begrüßen, auch eine Anzahl jüngerer, hoffnungsvoller Kräfte nahmen mit regem Interesse teil. Besonders begrüßt wurden unser Zentralvorsitzender Kollege Hornbach (Köln) und Bezirksleiter B. rner (München). Am Gästen waren anwesend: Dr. Oberstaler als Vertreter des kath. Volksvereins, als Vertreter des Ortskartells dessen Vorsitzender Gewerkschaftssekretär S. ham, als Vertreter der kath. Arbeitervereine Arbeiterssekretär Reindl. Der Abend nahm unter vielen herzlichen Begrüßungsansprachen, sehr guten musikalischen Darbietungen und weiteren vier ersten Vorträgen einen stimmungsvollen Verlauf. Die am Sonntag um 9 Uhr begonnene Beratungen wurden vom Kollegen Kießling geleitet und verliefen durchaus sachlich. Nach einem Bericht des Bezirksleiters B. rner über die Tätigkeit seit der letzten Konferenz gaben die Delegierten ihre Jahrestellenberichte, die ein anschauliches Bild boten von der Lage in den einzelnen Orten, den in der Agitation auftretenden Schwierigkeiten und den Aussichten für die Zukunft. Die Aussprache zeigte den ernstlichen Willen, für unseren Graphischen Zentralverband nach Kräften weiter zu wirken. Wirksamstes Mittel hierzu ist immer noch die Kleinagitation. Kollege Hornbach nahm vom Standpunkt der Zentrale aus zu den Berichten Stellung, besonders betonte er die Stärkung der Ortsklassen und gab weiterhin eine Reihe wertvoller Anregungen mit der schließlichen Aufforderung zu reger Weiterarbeit. Besonders lehrreich war der Vortrag des Kollegen Hornbach über die Tarifpolitik im graphischen Gewerbe. Es

sei ein Unglück, daß für Buchbinder allein heute noch drei Reichstarme nebeneinander bestehen. Wohin die Arbeiterschaft kommt, die glaubt, den Verbandsbeiträgen zu können, ziert mit brutaler Deutlichkeit der schlechte Tarif der Kartonnagearbeiter. Es sei leider Tatsache, daß das Ergebnis der Lohnverhandlungen der Aufschlag der Macht sei. Höherer Lohn und sonstigen Fortschritte der Arbeiterschaft drücken sich nur in besseren Organisationsverhältnissen aus, das Gange der Arbeiterschaft heute gar nicht oft und laut genug zugehört werden. Mit lebhaftem Beifall wurden die Ausführungen unseres hochachtungsvollen Führers angenommen. Eine anregende und fruchtbare Aussprache schloß sich an, sie lieferte den weiteren augenfälligen Beweis für die Wichtigkeit der Ausführungen. Der Antrag der Bezirksleitung auf Schaffung eines Bezirksverbandes Bayern, fand auch heute noch kein Mehrheit, da diese Frage noch nicht genügend geläutert ist, es bleibt also wie bisher. Zum Besuche des 1929 in Köln stattfindenden 25jährigen Verbandsjubiläum wurde den Jahrestellen die Einrichtung einer Reiseparkasse empfohlen. Bezirksleiter B. rner forderte in seinem Schlußwort regelmäßige Monatsversammlungen und Bildung der Mitglieder sowohl beruflich wie geistig und vertrauensvolles Zusammenarbeiten. er dankte der Jahrestelle Nürnberg für Aufnahme der Konferenz. Nach 7/8ständigen, von hohem sittlichen Ernst getragenen Beratungen erfolgte um 17 1/2 Uhr Schluß der Konferenz, von der man auf Grund ihres Verlaufes hoffen kann, daß sie sich für die Weiterentwicklung unserer Sache in Bayern günstig auswirken wird. Mit dem herzlichsten Wunsch „Auf frohes Weitergehen zur nächstjährigen Konferenz in Donaauwörth“ schied man vom gastlichen Nürnberg. K. P.

Briefkasten

T. D. in G.: Bedenkt immer, daß auch die Zahlellenberichte genau verfolgt werden. Es kommt auf die Wirkung an. Die von der Redaktion sorgfältig prüfen. So erklären sich mancherlei Abweichungen. Verzeiht uns — wir tun nur unsere Pflicht!

K. S. in G.: Hier ist der Fehler nicht gemacht worden, sondern aus einer Berichtigung abgesehen, zumal der Gegenstand keine besondere Bedeutung hat. Eine Kündigung „Veris“ gibt es nicht. „Berichtigung“ muß diesmal stets ausgeprochen werden.

H. G. in G.: Letter Abfall geschehen, da durch die Zeit überlauf.

K. S. in G.: Ein vorbildlicher Bericht, mit dem der Redakteur aus diesem Grunde milde verfahren konnte. Unseren besonderen Dank!

Graphischer Zentralverband

Geschäftsstelle: Köln a. Rh., Venloerwall 9
Fernsprecher: West 52585
Postfachkonto: Köln 15 171

Abrechnungen gingen ein bis zum 27. August: Aachen, Frankfurt a. M., St. Uelheim, Trier, Duisburg, Arnberg, Dielefeld, Essen, Hagen, Hildesheim, Jeterloh, Münster, Paderborn, Landsbut, Oerbach, Erfurt, Neurude, Neufals.

Es fehlen noch 33 Abrechnungen. In 14 Tagen müssen schon die Formulare für das 3. Vierteljahr verhandelt werden. Als Weiter senden ein: Wülfrath, Eren, Arnberg, Jeterloh, Landsbut, Dielefeld, Essen, Trier, Essen, Arnberg, Paderborn, Barnum, Dren, Leipzig, Bierschloh, Eisenack, Reheim, Paderborn, Rheinhald, Eesbach, Neufals, Mainz.

Zeitungen sollen von den größeren Ortsgruppen schon Monat erfolgen.

Manuskripte für die Graphischen Stimmen müssen immer 8 Tage vor Erscheinen in unseren Händen sein. Sonst kann auf Übernahme nicht gerechnet werden.

Es sind erschienen und von unserer Geschäftsstelle zu beziehen: **Deutscher Buchdruckers-Tarif**, 25 Pf., **Reiseparkasse für den Deutschen Buchdrucker**, 25 Pf., **Reiseparkasse für das deutsche Gewerbe und Zeitungsbauereis-Hilfspersonal**, 20 Pf., **Reiseparkasse für den Kartonnagen-Industrie**, 20 Pf.

Belohnung 10 Pfennig
Vorauszahlung erforderlich

Anzeigen

Belohnungen anzeigen
10 Pfennig die Zeile

Unserem lieben Kollegen

Bernhard Fresow

zum 40jährigen Arbeitsjubiläum
herzlichen Glückwünsche.

Ortsgruppe Bonn I.

Die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung

unserer lieben Kollegin

Ida Toll

recht Glückwünsche.

Jahrestelle Rhegeht.

Unserem lieben Kollegen

Wilhelm Klein

sowie seiner lieben Frau, unserer Kollegin

Sibilla Cremer

zu ihrer Vermählung

unser herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen der Fa. Schleicher & Schül.

Düten.